

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Dienstleistungen in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

Erscheint alle 14 Tage für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierjährl. 1.50 Mk.

Sternsprecher N 8538. :::
Redaktionsschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergesparte Zeitung
Zeile 20 Pf. Anzeigen d. Gruppen 10 Pf.

No. 12

Cöln, den 15. Juni 1918

VI. Jahrgang.

Gleichberechtigung.

In der Deutschen Arbeiterbewegung findet das Streben Arbeitereidat nach Gleichberechtigung machwollen Ausdruck. Mit zunächst auch dieses Bestreben auf die Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben, besonders gegenüber den Arbeitern, gerichtet, so ist das eigentliche Ziel doch weiter gesteckt. Es handelt sich darum die Gleichberechtigung auf allen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens. Zur Wirtschaftsleben ist die Gleichberechtigung wie die große Zahl der Kriegsverträge befreit zum Teil verwirktlich. So sind in der Arbeitseidat als Gleichberechtigt daffor anerkannt. Gewiss ist auch diesem Gebiete noch vieles zu tun, um die berechtigte Arbeitereidat Gleichberechtigung werden zu lassen.

Leben wir im Unse der Jahre das Verlangen der Arbeitereidat nach Gleichberechtigung im öffentlichen Leben der Käfer gehörten. Es hat während der Kriegsjahre die Arbeitereidat bestallt gehindert. Der Krieg legt dem Volke in allen seinen Schichten große Lasten und auf, die im Hirnbild auf die Größe und Ziele des Kriegs Rücksicht mitgenommen werden müssen. Die Arbeitereidat hat das bisher mit unerkannter Kraft und unter großer Druck an der Front, wie dabeim in der

Nur ist es nicht in letzter Linie zu danken, wenn die glänzende Erfolge errungen haben und beste Aussicht auf einen günstigeren Abschluß des Krieges besteht. Müsste die volkserfüllung bis zum Neuersten nicht in eine Selbstverständlichkeit sein, den Arbeitern auch die Gleichberechtigung einzuräumen im Staatsleben? Es doch ganz, türlich, daß die Arbeitereidat verlangt, die jetzigen Klassenvorrechte und Klassenunterschiede beseitigt werden und auch ihr die Möglichkeit geboten wird, Gleichberechtigter Stand in friedlicher Weise am Wohle des Kult und Vaterland mitzuarbeiten in Verwaltung wie in Weisgebung. Ein großes, ja das allergrößte Hindernis für diese Mitbestimmung und Mitarbeit bildet jedoch die Wahlrechtspraktiken und das Klassenwahlrecht in Staat und Gemeinde. Diese Vorzugsstellung bestimmter Klassen und Stände bedeutet eine Einschränkung der Rechte des übrigen Volkes, besonders der Arbeiterschaft. Das schon immer als ein bitteres Unrecht empfunden, so in ganz verstärktem Maße.

Im Volksmpfunden hat der Deutsche Kaiser und von Preußen schon im vorigen Jahre in seiner Ersten Kanzlei in seinem Auftrag wohlthuenden Ausdruck und Rechnung zu tragen verordnet. Als Anerkennung großen Verdienstes das er dem Volke obmaß,

versprach er ihm das gleiche Wahlrecht im preußischen Staate. Die preußische Staatsregierung unterbreitete darauf dem Landtag eine Gesetzesvorlage, in der an Stelle des jetzigen Kreiswahlrechts das gleiche Wahlrecht vorbereitet ist. Der Landtag aber hat in drei Abstimmungen jedesmal mit großer Mehrheit das gleiche Wahlrecht abgelehnt. Die Bevölkerung können und wollen sich an den Gedanken einer Gleichberechtigung der breiten Volksmassen nicht gewöhnen. Doch sie damit die Volksmeute zum Roden bringen, zweint ihnen vollständig gleichgültig zu sein, ebenso, daß sie damit der Staatsautorität deren Rottwendigkeit sie sonst nicht genug bezeigen können, den allerdiebstesten Dienst erwerben. Ein solches Verhalten muß die Arbeitereidat aufs äußerste verbittern und zu schärfstem Protest herausfordern und ist es daher im Interesse der Einheit und Einigkeit des Volkganzen aufs höchste zu bedauern. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist die Antwort darauf, denn auch nicht schuldig geblieben. Sie hat in einer großen Kundgebung in Essen am Samstag, den 26. Mai, dazu Stellung genommen.

Die Kundgebung war ein erster Appell in letzter Stunde an die preußischen Abgeordneten, ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage nicht aus dem engen Gesichtswinkel der kleinen Partei heraus bestimmen zu lassen, sondern, wie Kollega Abg. Schirmer sagte, aus dem Gedanken heraus, wie des vortrefflichen Staatsdenken in den breitesten Schichten der Bevölkerung gefördert werden könne. Der erste Referent, Kollega Generalsekretär Stegerwald, behandelte in tiefgründiger Weise die Bedeutung der Wahlrechtsfrage. Von einem geschichtlichen Rückblick zeigte er die Entwicklung und Bedeutung Preußens. Seine Machtstellung mache die Wahlrechtsfrage zu einer deutschen Frage. Früher war der Grundbesitz im Staatsleben allein herrschend; dann kam neben ihm die Geldmacht zur Weltung. Die Gegenwart jedoch erfordert, daß neben diesen Mächten auch die lebendige menschliche Arbeit in angemessener Weise zum Trage: der politischen Macht im Staate herangezogen werde. Das ist am höheren durch das gleiche Wahlrecht erreichbar. Das preußische Volk ist seit für das gleiche Wahlrecht. Die Stunde heisch ein angemessenes Verhältnis zwischen Staat und breiten Volkschichten. Zeither standen sie sich fremd, meint nicht feindlich gegenüber. Unsere Aufgabe ist es, in den nächsten Wochen mit allem Nachdruck zu arbeiten und zu weihen mit allem Nachdruck zu kämpfen für das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen.

Als zweiter Redner ging Kollega Streiter: Berlin mit die Anerkennung der christlich-nationalen Arbeiterschaft ein, welche in der Vergabe von 20 Jahren zum Wahlrecht

erhoben wurden. In nächstehender Einschätzung gab die Versammlung ihre Willensmeinung fund:

„Die von mehr als tausend Arbeitern und Angestellten des Rheinisch-Westfälischen Industrieviertels besuchte Kundgebung befürwortet die in der Einigkeitsvertragserklärung vom 20. Januar an das preußische Abgeordnetenhaus niedergelegten Forderungen zur Wahlrechtsfrage, nämlich: Einführung der Verhältniswahl in dichtbevölkerten Bezirken, Herabsetzung der erforderlichen Seelenzahl in größeren Wahlkreisen auf höchstens 150 000, einhalbjährigen Wohnsitz des Wählers im Wahlkreise, Sicherung der Staatsverfassung und der bestehenden Rechte von Kirche und Schule durch Zweidrittelmehrheit des Abgeordnetenhauses. Insbesondere und erneut fordert sie die Einführung der Verhältniswahl in dem Industrieviertel, da nur diese bei den vorherrschenden eigenartigen Parteiverhältnissen eine solide politische Entwicklung verbürgt. Alle Bestrebungen auf Einführung eines Mehrstimmenwahlrechts wüßt die Versammlung mit Nachdruck zurück.“

Vor allem spricht sie sich ganz entschieden gegen jegliche Zusatzstimmen für Bildung, Besitz und Sozialtätigkeit aus, worin sie eine Herausforderung der breiten Schichten des arbeitenden Volkes erblickt. Das königliche Wort in der Osterkündigung: „Ich handele nach den Nebenlieferungen großer Vorfahren, wenn ich bei Erneuerung wichtiger Leitlinien unseres festgetugten und sturmerprobten Staatswesens einem freien, tüchtigen und hochentwickelten Volke das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient“, hat in unseren Herzen begeisterten und dankbaren Widerhall gefunden und wird von der überwiegenden Mehrheit des preußischen Volkes bestimmt nicht getanzt werden. Dieser hochherige Vertrauensbeweis unseres weitschauenden Monarchen, der im gleichen Wahlrecht ein angemessenes Verhältnis zwischen dem Staat und den breitesten Volkschichten gewährleistet, wird sich nach unserer bestenkrautzeugung zum Segen des Staates auswirken, indem er staatliche und monarchische Gefühle weit und das Trennverhältnis zwischen Fürst und Volk inniger und fester gründet. Demgegenüber bedeutet das Verhalten des preußischen Abgeordnetenhauses geradezu eine Gefährdung von Lebensinteressen der gesamten staatlichen Entwicklung. Die christlich-nationale Arbeiterschaft erwartet daher, daß die königliche Staatsregierung alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, rücksichtslos anwendet, damit das gleiche Wahlrecht ohne Verzögerung Gelebt und Kraft erlangt.“

Neue Steuerverlagen

finden kürzlich dem Reichstage zugegangen. Sie verdienen auch die volle Anerkennung der Arbeiterschaft. Denn einmal handelt es sich um gewaltige Summen, die aufgebracht werden sollen, nämlich dreitausend Millionen Mark und zudem sollen sie hauptsächlich zu vier Hundert von der Kasse getragen werden. Ganz willigen die Arbeiter, daß sie auch an den allgemeinen Lasten mittragen müssen, aber sie verlangen, daß dieselben in gerechter Weise verteilt werden. Dann ist es aber notwendig, daß die oberen Schichten stärker herangezogen werden, als die unteren. Gerade in der Steuerfrage muß mehr als bisher ein sozialer Ausgleich angestrebt werden. Aus dem Grunde muß auch die gesamte Steuerfrage in Reich, Staat und Gemeinde nach mehr einheitlichen Gesichtspunkten gestaltet werden. Andernfalls werden die unteren Volkschichten immer diejenigen sein, die die Hauptlasten zu tragen haben. Es wird Sache der geleygabenden Räteversammlungen sein, diese Ungerechtigkeit zu vermeiden. Danach muß auch bei den neuen Steuerverlagen verfahren werden.

Zunächst lehnen diese neue oder erhöhte Steuern für Getränke vor für: Bier, Wein, Schnapswein, Brannwein, Tee, Kaffee, Koffee, Mineralwasser und Limonaden. Diese sollen insgesamt 17-19 Millionen Mark einbringen. Bier soll mit 10 bis 12½ Pf. pro Liter besteuert werden; Wein mit 20 Prozent des Wertes; Schnapswein mit 3 Mark pro Flasche, Fruchtwein mit 60 Pf. pro Flasche, Mineralwasser mit 2½ Pf., Limonade mit 6 Pf. pro ein halbes Liter. Der Zoll für Tee soll auf 20 Pf. für Kaffee auf 70 bis 90 Pf., für Koffee auf 130 Pf. erhöht werden. Die Post- und Telegraphengebühren werden gleichfalls erhöht. Briefe im Ueberverkehr auf 10-15 Pf., Postkarten 7,5 bis 10 Pf., Pakete 15 bis 30 Pf. für Druckachen, Gedächtnisschriften, Broschüren etc. sind gleichfalls höhere Sätze vorzugeben. Auf den Fernpredigerfehr wird ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben; die Telegräumengebühren werden von 7 auf 8 Pf. erhöht. Diese Erhöhungen treffen die Gewerbetreibenden auch in empfindlicher Weise. Von sehr einschneidendem Wirkung wird das Umlaufsteuergebot sein. Diese Steuer soll 5 vom Tausend betragen und für fast alle Gewerbearten: wie Warenlieferungen, Honorarzahlungen u. dergl. erhoben werden. Sie würde den Gebrauch ganz erheblich beeinträchtigen. Ferner sind noch vorzusehen eine Erhöhung des Webseltempels, der Kriegsteuer der Geiesschäften und der Kunstssteuer und eine besondere Steuer, um den Kriegsgewinnern die Abhöhlung des heimathlichen Staubes erschweren. Der Reichstag wird sein Hauptgegenstand darum zu richten haben, daß die großen Einkommen und Vermögen viel mehr zur Aufbringung der Steuern herangezogen werden.

Aus unseren Berufen.

Renordnung der Leuerungszulagen in Klm. Mit Unterstützung des hierigen Ortsvereins gelang es Ende März die Ortsgruppe unseres Verbandes zu gründen. Sie hat in der kurzen Zeit recht gut entwickelt und wird unschätzbar reits den größten Teile des Straßenbahnverkehrs. Das ist ein Erfolg der ruhigen Arbeit einiger wackerer Männer. Nunmehr ist auch über ein weiteres erfreuliches Ergebnis berichtet, nämlich über die beschlossene Erhöhung der Leuerungszulagen und Lohnzulagen. Die Leuerungszulagen wurden festgestellt für Verheiratete auf 2100 Pf. pro Monat, außerdem für jedes Kind bis 18 Jahre 170 Pf. pro Monat für Ledige und für Arbeiterinnen auf 1000 Pf. pro Monat. Die Lohnzulagen betrugen für Verheiratete und Ledige männliche 2300 Pf. pro Tag für Arbeiterinnen 1400 Pf. pro Tag. Die Gesamthöhe für die Auszeichnungen der städtischen Arbeiter beträgt 132 000 Pf. p. Jahr. Mit dieser Renordnung ist eine auersehenswerte Verbesserung geschaffen die noch dadurch an Wert gewinnt, daß sie rückwirkend ab 1. Februar gilt. Die Stadt Ulm durfte sich manche andere Stadt als Beispiel nehmen.

Erhöhung der Leuerungszulagen in Aachen. Einem Antrage unseres Verbandes nachkommend beschäftigten sich die Arbeiterausschüsse und das Stadtverordneten-Kollegium mit der Erhöhung der Leuerungszulagen. Beschllossen wurde dieselben für Verheiratete von 1.05 Pf. auf 2.05 Pf. und für jedes Kind von 20 auf 30 Pf. pro Tag zu erhöhen. Das Ledige wurde anstatt der bisherigen 30 Pf. pro Tag auf 20 Pf. bewilligt.

Aus den Ortsgruppen.

Köln, Gemeindearbeiter. Eine gabejähliche Versammlung fand am Samstag, den 26. Mai, in der „Ratsmühle“ statt. Über hundert zahlreich hatten sich die mehrtägigen Mitglieder einzufinden.

ein erzielbares Zeichen für das lebhafte Interesse, das sie am Gegenende nehaben. Nach einem Vortrage des Verbandsvorstehenden, Kollegen Deuba, über die „Gleichberechtigung der Frauenarbeiter“ wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Juli ab einen **Vorarbeitertag von 5½ wöchentlich zu erhalten**. Auch im 1. Vierteljahr dieses Jahres ist in der Ortsgruppe eine solche Agitation betrieben worden. Es muss jedoch auf die Fassung der Beitragssteuer Bedacht genommen werden, damit die Neugewonnenen auch dem Verbande erhalten bleiben. In jedem Betriebe muss zumindest eine zuverlässige Vertraulensperson, ob männliche oder weibliche, vorhanden sein, um die rechte Fühlung mit den Mitgliedern aufrecht erhalten zu können. Als besonders wichtig gilt dabei die pünktliche Erstellung der Verbandsberichte. — In lebhafter Aussprache wurde noch eine Reihe von Wünschen aus verhandelten Betrieben Ausdruck gebracht, die der Vorstand weiter verfolgen soll. Es wurde noch angeregt, demnächst eine besondere Frauenvorstellung abzuhalten.

Düsseldorf, Westfalen. In einer ausgesuchten Versammlung unter hiesigen Ortsgruppe erbatete Kollege Stadtverordneter im Bericht über die über unsere Einigung an die Stadtverwaltung geführten Verhandlungen und deren Erfolg. Danach wurden die bisher den städtischen Arbeitern gewährten Leistungen erhöht. Die bisherigen Zulagen bezogen sich für erwachsene und Verheiratete 10.4, außerdem jut die Ehefrau und jedes Kind je 7.4 pro Monat. Nach dem nunmehrigen Beschluss erhalten weibliche Ledige 20.4, männliche Ledige und Verheiratete 25.4, und außerdem jut die Ehefrau und jedes Kind je 20.4 monatlich.

Den jüdischen Arbeitern, die am Heide stehen werden, Zulagen nur für die Kinder gezahlt, jedoch mit der Bedingung, dass die Gesamtbezüge der Familie den Friedenszonen nicht mehr als 25 Prozent überschreiten dürfen. Altersruheleinhörner erhalten bei Bedürftigkeit 50 Prozent Zulagen, der nach in Arbeit liegenden Arbeiter.

Weiter hat sich die Versammlung bereit erklärt, einen Appell an alle die nutzenden Betriebe zu richten.

Bei dem Vortrage folgenden Aussprache wurde lebhaft erwartet, dass die Stadtverwaltung den in unserer Einigung gelegten Anträgen mit in vollem Maße entsprochen hat. In dieser Einigung gehörte die Wohnleihförderung von 1.504 pro Stütze familiäre städtische Arbeiter nicht doch wohl das Mindeste dar, wodurch in etwa ein kleiner Ausgleich gegenüber den breiten Preissteigerungen geschaffen und die Arbeiter mit allergrößter Not und Unterernährung bewahrt werden konnten. Dies hat so mehr als das Einflommen der armen Arbeiter in Zukunft 3-4 bis zu 20% und darüber noch gemäß auch nicht zu hohen Entlohnungen nutzende Arbeiter anderer Städte aufzuholen. Schon nach Durchführung der in unserer Einigung beantragten Erhöhung wurde entnommen, dass niemand städtischen Arbeiter noch sehr weit dem Durchschnittsverdienste des Arbeiters dort unterhalb entfernt sein.

Kollege Kollege Krumbe erklärte, auch er, wie überhaupt Verbandsleitung seien, weil davon entfernt den Erfolg als dem niedrigsten anzusehen. Man wäre aber vor allem jetzt den Interessen des nunmalshöchsten Erfolges zu dienen. Als eine direkte Weisung müsse man die soziale Aufständigkeit und den Angriff in Verhältnis zur die Verhältnisse und Bedürfnisse der Arbeiterchaft bei manchen Stellen der Verwaltung, wie auch manchen Herren Stadtverordneten beziehungen. Selbst der gute und das anscheinend größere soziale Verständnis des Herren Bürgermeisters und einige anderer Herren der Verwaltung des Stadtverordnetenkollegs reiche nicht hin, diesen ratschlagigen Geist innerhalb Verwaltung und Stadtverordnetenkollegum so ohne Weiteres von heute auf morgen zu befeiern. Und bedarf es länger, ausdauernder Erziehungsarbeiten dieser zu einem sozialen Verständnis und Empfinden. Und hieran vor allem die Arbeiterchaft selbst zu arbeiten. An dieser Arbeit aber hat es bisher leider allzusehr gefehlt. Während anderer anderer Städte schon seit Jahrzehnten eifrig an Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage mitgearbeitet haben, die jüdischen Arbeiter in Münster gescheitert. Man könnten sie nicht erwarten, dass ihnen jetzt, nachdem es endlich einigen Boden der Organisation angeschlagen zu haben, nun auch ohne weiteres alle Wünsche, wenn sie noch wichtig seien, erfüllt würden. Gleich wäre es aber, wenn diese nur teilweise Erfolg nur entwöhnen zu lassen. Wenn im Falle jetzt manche ein recht alles daran gesetzt werden, um allmählich den Einfluss zu erlangen, der zur wirklichen Veränderung all unserer berechtigten Wünsche notwendig ist, so um so nötiger, als es sich nicht nur um die Erfüllung einzeln bestimmt dargestellten Kräften, besonders auch der

Lohnfrage handelt, sondern es auch gilt, der Arbeiterschaft eine dauernde Position zu schaffen, die es ihr ermöglicht, alle ihre Rechte wirksam und für immer vertreten zu können. Aus dem Grunde müsse auch der bevorstehenden Wahl eines Arbeiterausschusses die größte Bedeutung beigemessen werden. Nur tüchtige, ehrig, besonnene und sachlich arbeitende Kollegen dürfen in diese Ausschüsse gewählt werden. Aber auch die wichtigsten Kollegen können die Rechte der Arbeiterschaft im Ausschusse nur dann wahren, wenn ihnen eine einzige, geschlossene Klasse organisierter Kollegen die erforderliche Rückendeckung verleiht. Eine gute Grundlage für den Einfluss, den sich auch der Ausschuss erst gegenüber der Verwaltung schaffen müsse, würde vor allem schon durch eine möglichst geschlossene Stimmbabgabe bei der Wahl gesetzen. Alle Kollegen ohne Ausnahme müssten sich an der Wahl beteiligen und hierbei auch jede Eigenbröderlichkeit vermeiden, welche einzig und geschlossen die von der Mehrheit der städtischen Arbeiterschaft als geeignet vorgeschlagenen Kandidaten wählen. Dadurch beweise man der Verwaltung am besten, dass alle städtischen Arbeiter hinter ihrem Ausschusse stehen.

Wenn alle städtischen Arbeiter in Zukunft mit großem Eifer und Gewissenshaftigkeit ihren dienstlichen Pflichten nachkommen, andererseits aber auch ihre gewerkschaftlichen Gemeinschaften nicht vernachlässigen, so dürfte in nicht allzuferner Zeit ein friedliches, ehrliches Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft zu erhalten sein und letztere auch in allen Fragen zu ihrem Rechte kommen.

Bochum (Schuldienst). Nachdem sich die Mehrzahl der hiesigen Schuldienstler in ihrer Verbindung zur Wahl eines Ortsgruppenvorstandes reichlich für den Vorstandswahlkampf würdig gemacht haben, müssen die bestehenden Wünsche und Beschwerden besprochen. Der dringendste Wunsch geht davon, dass das Meinungsmaterial in Zukunft von der Verwaltung gehobert, oder, falls dies nicht durchführbar sein sollte, eine angemessene Erhöhung der Entschädigung für die Kosten der Verarbeitung des Materials an alle Schuldienstler gewährt wird. Der unbedeutende Vereinigung dieses Wunsches wird sich auch die Verwaltung nicht versöhnen können. Heute schon der hierzu vorgelebene Betrag in unserer Zeit ist nicht entfernt zur Deckung der Kosten aus, so jetzt infolge der enorm gestiegenen Preise für alle verarteten Materialien rechtzeitig nicht. Die Deckung dieser ausstieglich im Interesse des Betriebes erforderlichen Nebenkosten aus dem persönlichen Einkommen der Schuldienstler bedeutet aber eine Ver schlechterung dieses Zustandens, das den Schuldienstlern unter keinen Umständen zugemutet werden darf. Um so weniger, als die während des Krieges bewilligten Tenerungsablagen so schon nicht entfernt ausreichen, die eingetretene Verkürzung der Nebenkostendeckung auch nur in etwa auszugleichen.

Die Versammlung beschloß, von weiteren Anträgen betr. dieser Art und Weise keinen Vorwand Abstand zu nehmen, hofft aber, den vorliegenden Wunsch bereits Meinungsmaterial auch möglichst bald erledigt zu haben. Eine entsprechende Einigung ist möglichst an die Verwaltung abzugehen.

Einen Wunsch aber möchten wir noch erneben, und zwar besteht dieser das Verhältnis zwischen den Herren Ratsvorsitzenden und den Schuldienstlern. Selbstverständlich muss eine Zustimmung da sein, die die erforderlichen Anordnungen trifft und auf die Durchführung aller notwendigen Vorrichtungen achtet. Auch, dass pünktliche Erledigung und Sanierung besonders in den Schulen herzustellen ist, halten wir für selbstverständliches. Wer dies tatsächlich auch alles zu erreichen, ohne dass die Herren Ratsvorsitzende in allzuaufgeregter Weise den Vorgesetzten hervorheben lassen, oder gar in oft lärmlicher Weise bei jeder Gelegenheit hinter dem Schuldienst her sind. Die meinen dieser Herren (das soll durchaus außer Acht gelassen werden) kommen doch gut in den Schuldienstern aus, ohne so leicht den Vorgesetzten zu markieren; warum sollte dies nun nicht auch den anderen möglich sein? Dass aber seidn die Frauen der Schuldienst von einigen dieser Herren angefeindet werden, geht unseres Erachtens dennoch etwas allzuviel. Wenn es auch die überaus jährlinge Stellung des Schuldienstes mit sich bringt, dass auch die Frau und manchmal auch die Kinder bei der Arbeit zu eingreifen müssen, so müssen es sich doch die Schuldienstler ganz entschieden verbitten, dass ihre Familie nun auch noch von einzelnen Herren in schärfster Weise gequält oder abgerüttelt wird. Ein solcher Zustand würde ja ein Zurückkehren zur mittelalterlichen Besindung bedeuten. Bei dieser Frage sollte man überwiegend auch nicht an ihre Acht lassen, dass doch die Sitzung des Schuldienstes eine gewisse Verantwortung in, die zugleich ein gewöhnliches Maß von Verantwortlichkeit und Pflichtgefühl voraussetzt. Diese Umstände werde man wohl am besten durch eine rechtlose Handhabung der Vorgesetztenrechte Rechnung tragen und dadurch auch die Arbeiterschaft der Bürgelach bedeckt haben,

Wir betonen nochmals, daß die Mehrzahl der Herren in diesem Sinne handeln und wohl auch ebenso, wie die Stadtverwaltung selbst, ein solches Verhältnis zwischen Vorgetretenen und Untergebenen nur auftheben, wie sie auch wohl mit uns das geschilderte Vorgetreten erwähnter einzelner Herren entschieden verurtheilen. Wenn wir diese Artige ausschließen, so nur aus dem Grunde, weil wir hören, daß dieser Hinweis anstrengt wird, daß die Herren, die es eracht, mal eine kleine Verpflichtungserklärung nach der angekündigten Richtung vornehmen. Die Schuldner selbst aber erfüllen wir recht dringend, ihren Pflichten aus gewissenhaltens nachzukommen. Um so mehr können sie auch ihre Rechte beanspruchen. Neben ihren Vereinpflichten haben sie aber auch ihre Standespflichten durch Aufbau und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation zu erfüllen.

Rech. Die hier kurz vor Kriegsausbruch gegründete Ortsgruppe ging infolge der vielen Einziehungen zum Militär ein, da fast das ganze Personal einrufen mußte. Inzwischen sind wieder eine Anzahl Kollegen zurückgekommen, so daß die Wiedererrichtung der Ortsgruppe ins Auge gesetzt werden könnte. Das ist denn auch tatsächlich geschehen und haben sich fast sämtliche Kollegen und ebenso eine Anzahl Kolleginnen d. i. Verbundene angeschlossen. Dem Wunsche des Personals entsprechend wurde auch bereits eine Spendeabgabe an die Stadtverwaltung gerichtet in der um Gewährung einer Lohnzusage von 1.400 pro Tag. Regierung der Dienstzeit und der freien Tage, evtl. Gewährung des Lebzeitentzußschlages für längere Dienstzeit und bei Verlegung der freien Tage. Gewährung des Erholungspauschalbetrages wie vor dem Kriege, sowie Bezahlung der freien Tage in die Streitwesenwärter, gebeten wird. Der Eingabe ist eine eingehende Begründung beigegeben. Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Verwaltung diese Wünsche baldigst erfüllt.

Aachen. Über die letzte Lohnbeweitung berichtete der Ortsgruppen-Vorsitzende Kollege Dr. Sarmé in einer zahlreich besuchten Versammlung am Dienstag den 28. Mai. Da im Königreich Aachen Mitte März wurde unsere Eingabe eingereicht, worauf bald danach die Arbeiterauszahlung mit der Ende benötigt wurden. Da hier eine volle Überprüfung unserer Anträge seitens der Betriebsverwaltung nicht zu erwarten war, erübrigte mir sich auf erinnerte Sage. Diese dienten dann als Grundlage für die Beschlusssitzung der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 10. Mai. Unnur die den Vorschlägen zu und bewilligte sie mit Wirkung vom 1. April. Die neuen Sätze betrugen von diesem Zeitpunkt ab: für Verhältnisse 2000M pro Tag bisher 1000M für jedes Kind 300M pro Tag bisher 20M im Endg. ist bisher 50M. Am Schluß auf die erhebliche Verteuерung der Lebenshaltung wurde eine Beschränkung der in unserer Eingabe geforderten Sätze von 10% pro Arbeitstag gewünscht und zu viel gewesen. Wie wenig Verständnis manche Leute aber für die gegenwärtigen Leidensverhältnisse haben, bemies ein Stadtverordneten, der in der täglichen Sitzung anregte, die Stadt Aachen als der Reiche der teueren Stadt gekreuzt werde. Dabüi ist es unzureichend befand, daß Aachen zu den teueren Städten gehörte, „daher“ niemals hat diese ehemalige Anregung die finanzielle Bedeutung seiner Verhandlungen hatte, seine Gewebschäfte gefürchtet. Auch der Oberbürgermeister wendte sich gegen dieselbe. Man sieht daraus aber, wie verschieden sich zu machen wönnen die Welt will und wie schwer es oft in augenfällige Verhandlungen zu erreichen. Das kann uns natürlich nicht abhalten, auch fernerhin mit allem Nachdruck das bestreite Ziel zu verfolgen, und eine kostbare Lebenshaltung zu erhalten.

Die Frage betr. Preissteigerung wurde auf Anregung des Vorsitzenden dem Kreisvorsteher für weitere Verfolgung überwiesen. Berndsvorsteher stellte die Bedenken des Vorsitzenden sodann über „Arbeitskammern und Gemeindearbeiter“ an sich für die Erhaltung der Belegschaften eingerichtet, da sie grundsätzlich eine Verstärkung der Arbeitsförderungen bedeute. Widersprüchlich aber sei es, daß die Vorlage praktisch den Wünschen der Arbeitnehmer wenig entspreche. Es müsse darum unterbleiben, daß sie im Sinne des Gewerkschaftsvertrages umgesetzt werde. Ein dem könne man sich damit einverstanden erklären und sie als einen weniger förschlich betrachten. „Ausbländer“ würde die Einheitlichkeit aller Arbeitnehmer, auch der landlichen, verlangt werden. Ebenso ansehen die vorgebrachten Beschwerden gegenüber dem Staats- und Gemeindearbeiter bestätigt werden, es diene kein Unterschied gemacht werden, ob die beiden in derartigen Betrieben nicht auch ähnlichen Bedenken befaßt seien. Außi ist die rechtliche Bindung unzureichend, die einzige reine Notwendigkeit ist, die Gleichstellung der Arbeitseinfreiheit mit den Arbeitnehmerverbänden und ein besserer Aufbau des Entgeltensystems. So sehr im Interesse einer besseren gegenwärtigen Verhandlung und einer gediehenen Mitgliedschaftsfestigung zu fordern, da die Errichtung der Arbeitskammern

zu wünschen sei, ohne die Berücksichtigung der genannten Arbeitnehmer habe die Arbeiterschaft kein Interesse am Zustande kommen des Gesetzes. In den bestätiglich aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache an, womit die recht anregend verlaufene Versammlung ihr Ende fand.

Bundeskongress.

Endeavorispende. Die Deutschen Gewerkschaften, die kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände, die verschiedenen Organisationen der Industrie des Handels und des Handwerks erlassen zur Endenavorispende folgenden

Aufruf!

Deutschland kämpft seinen schwersten Kampf; das Ringen drängt zum Ende. Taulende und Überlastende in Werk und Heimat schreien zurück, die Glieder verkrümmt, die Gesundheit erschüttert. Ihre Kraft dem deutschen Wirtschaftsleben einzutragen, ihre Zukunft zu sichern ist Donkleistung der Heimat. Die Versorgung unserer Kriegsbeschädigten ist in dieser Linie Aufgabe des Reichs und muß es bleiben. Das Muß kann und soll in Erfüllung seiner Pflicht keinesfalls durch eine allgemeine Sammlung entlastet werden. Aber auch durch wenige gezielte Regelung der Rentenfragen kann nicht in jedem Falle so geholfen werden, wie es unserem patriotischen und sozialen Empfinden entspricht. Sie tragt notwendig etwas Scheinhaftes an sich und in ihrer Starrheit auferstanden, dem Bedürfnis und der Freiheit jedes Einzelnen geträgt zu werden. Es bleiben zahlreiche Fälle übrig, bei denen schnellstens geholfen werden muß, um bittre Not und Verzweiflung abzunehmen. Dies kann nur durch freiwillige Liebesaktionen geschehen. Sie auszurufen sind die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge zusammengetroffenen Organisationen. Das gewaltige soziale Werk anzuhauen ist das Ziel der gemeinsamen deutschen Volksversammlung für Kriegsbeschädigte (Endenavorispende). Darauf steht nicht aus forgenwollen Opfern der Kriegsfeindige Mitarbeiter am Deutschlands Zukunft! Gedenkt die Männer, die für uns kämpften und litten! Nur wenn alle zusammenstoßen wird das hohe Ziel erreicht.

Wie in dem Aufruf bereits zum Ausdruck gebracht, ließ es in dieser Linie Sache des Reiches, sich der Kriegsverletzten anzunehmen. Diese Hilfe allein genügt aber nicht in allen Fällen. Die Endenavorispende, an dem alle Organisationen des wirtschaftlichen Lebens beteiligt sind, will hier helfend einspringen. Sie soll und muß eine wahre Wollsammlung werden. Auch wir, und mag das Scherzen des einzelnen noch so gering sein müssen versuchen, unseren Dauf an die beschädigten Verteidiger der Heimat, durch Beteiligung an der Spende zum Ausdruck zu bringen.

Gedenktafel.

Gestorben ist der Kollege
Josef Schaubed, München.

Ehre seinem Andenken!

Kolleginnen und Kollegen! Werbt für Euren Verband!